

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Euro-Währungs- und Finanzsystem ist am Ende – es gibt Auswege.



Liebe Leser!

Was sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Sparer wie Kreditnehmer gemeinsam wünschen, steht außer Zweifel: Ein

stabiles, gerecht anwendbares und die Realwirtschaft förderndes Finanzsystem.

Das von Brüssel verordnete und auf dem freien Kapitalverkehr basierende **Euro-System leistet das nicht.** Soviel lässt sich nach den alarmierenden Ereignissen an den nahezu kollabierenden Finanzmärkten sagen.

Notenbank-Gouverneure, Finanzminister, Börsenaufsichtsorgane und sonstige „Fachleute“ räumten den jahrelang ihr Unwesen treibenden Spekulanten absolute Freiheit ein, bis die Regierungen der südlichen Euro-Länder eingestehen mussten, dass sie am Rande des Ruins angelangt seien.

Und wie sieht es mit der politischen Verantwortung aus? Kann so ein Zustand überhaupt noch mit fachlichem Unvermögen erklärt werden oder haben nicht vielmehr die auftretenden „Ret-

ter“, wie EZB (Europäische Zentralbank), Internationaler Währungsfonds (IWF), EU-Kommission und nationale Finanzminister durch grob fahrlässiges Agieren und unterlassenes Reagieren den Krisenzustand erst selbst hervorgerufen? Kann von einem stabilen, sicheren Währungs- und Finanzsystem gesprochen werden, wenn ganze Staaten gerettet werden müssen?

In diesen Tagen hören wir aus Politikermund keine andere Begründung als „*Wir sind zu solchen Rettungsmaßnahmen gezwungen, sonst bricht das ganze Finanzsystem zusammen*“.

Es muss schon verwundern, dass sich die geschädigten Bürger eine solche politische Kindesweglegung gefallen lassen und ihre treulosen Politiker (Diener des Volkes!) nicht aus ihrem Amt jagen – nein das wäre zu wenig abschreckend - nicht finanziell zur Verantwortung ziehen.

Auswege aus der globalen Finanzkrise sollten schnellstens besprochen werden. Bildhaft gesprochen: Nicht das Auspumpen von eingedrungenem Wasser der akut leck geschlagenen Schiffe (>> PIIGS-Länder) sondern das Abdichten der Lecks kann einen Untergang verhindern. In die politische Sprache übersetzt: Es braucht unverzüglich „abdichtende“ Spekulationsverbote, Leerverkäufe, insbesondere „Wetten“ auf fallende Kurse, Schulden-



*Pallas Athene
Ihre Weisheit
dringt nicht bis
ins Parlament vor,
leider.*

stopp, das Verbot von ungedeckter Geldschöpfung von Banken u.a.m. Mittel- bis langfristig führt allerdings kein Weg an **fundamentalen Veränderungen und einer alternativen Finanzordnung vorbei.** Hier sei stellvertretend die Wirtschaftslehre der Ergokratie genannt, die sich vom unnatürlichen, progressiven Wachstumszwang (Zinseszins) distanziiert und **langfristige Stabilität** fordert.

(Fortsetzung auf Seite 2)

**Wurzel des Übels:
Wir verbrauchen zu viel
Zukunft bereits in
der Gegenwart.**

Kurt Biedenkopf,
ehem. Ministerpräsident von Sachsen

Inhalt

- Finanzsystem am Ende S. 1-2
- Wem nützen Rating-Agenturen?..... S. 2
- Wer rettet uns? S. 3
- Tag der Dir. Demokratie S. 3
- Das Volk ist die wahre Opposition .. S. 3
- Österreich ohne EU besser dran..... S. 4
- Irische Initiative hat Probleme..... S. 5
- Lesermeinungen..... S. 5
- Wussten Sie?..... S. 6
- Positives, Erfreuliches..... S. 7
- Einladung Bundesversammlung..... S. 8
- Impressum S. 8

Die aktuelle Situation der Finanzmärkte hat uns dazu bewogen zur Bundesversammlung im Juli einen herausragenden Kenner der Ergokratie, Dr. Karl Mocnik als Gastreferenten einzuladen. Eine Teilnahme möchte ich allen Auswegesuchenden Gesinnungsfreunden sehr empfehlen. Zeit- und Ortsangaben sind in der Einladung auf der Rückseite dieser „Neues“-Ausgabe vermerkt.

Betonen darf ich noch, dass es für mich eine große Freude wäre, wenn viele noch unbekannte Gesinnungsfreunde der Einladung zur **Bundesversammlung** in



Foto: Andreas K.

Grimming - Rottenmanner Tauern mit einem sichtbaren Hinweis auf die alles-entscheidene Direkte Demokratie.

Wenn man seine Sprache an den Rand drängt, will man in Wahrheit das Volk aus seinen Träumen vertreiben.

Autor unbekannt

Wagrain Folge leisten könnten. Ein gegenseitiges Kennenlernen schafft Vertrauen und zeigt uns, ob wir die richtigen Ziele und Methoden angepeilt haben.

Nun darf ich Sie, geschätzte Leserin, geschätzter Leser wieder an unser angestrebtes Ziel, die **Einleitung des Volksbegehrens für Direkte Demokratie** erinnern und zur Weitergabe des **beigefügten Unterstützungsfornulars** ermuntern, sofern Sie es selbst bereits unterschrieben haben. Wir sind von den notwendigen 8.000 Unterstützungen noch weit entfernt, aber warum soll sich

in den nächsten 7 Monaten nicht noch eine positive Wende einstellen!

Volksabstimmungen als politisches Mittel zur Umsetzung des Volkswillens sind in Zeiten solcher Unsicherheit notwendiger als je zuvor, denn Bürger/innen entscheiden durchwegs mit Hausverstand und ein ganzes Volk kann man nicht bestechen, auch nicht manipulieren, vorausgesetzt es ist objektiv informiert.

**Ihr Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli
Bundesobmann**



P. Menghin, Ibk.

Die Verantwortung trägt unsere Generation

Vergessen wir nicht! Für unsere Kinder und Enkelkinder tragen wir die Verantwortung für alles, was sich in absehbarer Zukunft zutragen wird: Seien es niederdrückende Schulden tilgungen und Steuerbelastungen oder Geldentwertungs-„Reformen“ und nicht zuletzt könnte Österreich in kriegerische Auseinandersetzungen hineingezogen werden. Und dagegen können wir uns dann nicht mehr wehren, weil das Instrument der direkten Demokratie (d.h. Volksabstimmungen, die vom Volk eingeleitet werden) aufgrund unserer Trägheit nicht mehr zur Verfügung steht.

So rufe ich alle verantwortungsbewußten Elternteile und Mitbürger auf, die beigefügte Unterstützungserklärung zu kopieren, zu unterschreiben – falls dies noch nicht geschehen ist – und auch weiterzugeben.

Unterstützungsfornulare bitte anfordern oder von der Netzseite www.direkte-demokratie-plattform oder www.nfoe.at herunterladen.

Bitte beachten!

Es ist nur eine Unterstützungserklärung/Unterschrift gültig.

Peter Menghin, Plattform-Koordinator, 6020 Innsbruck, Defreggerstraße 8, Tel: 0664-6339693, E-Mail: peter.menghin@aon.at

Notfallplan für Zuspitzung der Finanzkrise

In Österreich gibt es einen geheimen Notfallplan, sollte sich die Finanzkrise zuspitzen. Dies wurde erstmals am Dienstag am Rande des Ministerrats bekannt. Im Innenministerium liegen entsprechende Aufmarschpläne der Exekutive vor. Demnach müssen die Kreditinstitute vorübergehend die Schalter schließen und die Bankomaten sperren. Das Innenministerium bestätigte der „Presse“ die Existenz solcher Direktiven, äußerte sich aber nicht zu den Details. Schließlich sind veröffentlichte Pläne wohl nur noch halb so wirksam. Dem Vernehmen nach geht es dabei in erster Linie um den Schutz der Infrastruktur. Vom Prinzip her will man argentinische und griechische Zustände wie ein Erstürmen von Banken oder eine Massenpanik vermeiden. (Quelle: Die Presse, 12.5.2010)

Daher muss die direkte Demokratie – mit verbindlichen Volksabstimmungen – dringend verwirklicht werden. Das Volksbegehren ist das Instrument, das uns der Gesetzgeber derzeit noch zugesteht.



Hurra, wir retten den Euro – und wer rettet dann uns?

Eine sehr berechtigte Frage!

Weil österreichische Politiker, im Dienste der EU die „Erfolgswährung“ Euro retten müssen, riskieren wir unsere eigene Bonität, die Ersparnisse der vorigen Generation und die Zukunft der nachfolgenden. Die Mitgliedschaft in dieser politischen Union setzt uns der akuten Gefahr aus, genauso zahlungsunfähig zu werden wie Griechenland und die anderen sog. PIIGS –Staaten (Portugal, Italien, Irland, Spanien) in der Eurozone.

Es ist für einen normaldenkenden Bürger wohl keine Frage, dass die hauptverantwortlichen EU-hörigen Regierungspolitiker Faymann und Josef Pröll **grob fahr-**

lässig handeln, wenn sie Geld geben, das der Staat nicht hat bzw. für Schulden bürgen, wenn Österreich das „Schulden-Wasser“ bis zum Hals steht.

Übrigens: Wäre das nötige Geld (Kredite) im Inland aufgenommen worden, dann hätten die EU-Länder nicht in diese Schuldenspirale geraten können. Eine Finanzkrise dieses Ausmaßes wäre unmöglich gewesen. So aber arbeitet die griechische und genauso die österreichische Bevölkerung, für ausländische Banken, die keinen Einschränkungen unterworfen sind. Und die österreichische Regierung macht keine Anstalten an dieser Abhängigkeit etwas zu ändern. (fd)

Am 1. August, dem Tag der Direkten Demokratie sollen Mahnfeuer brennen



Auch in diesem Jahr brennen im Alpenraum wieder die Mahnfeuer.

Die CIPRA –Schweiz (Internationale Alpenschutzkommission) möchte im Jahr der Biodiversität (Vielfalt von Pflanzen und Tieren) 2010 darauf aufmerksam machen, dass die Vielfalt auch im Alpenraum - Stichwort Blumenwiesen - stark zurückgeht.

NFÖ-Sympathisanten werden schon zwei Wochen früher, am **1. August, dem Tag der Direkten Demokratie** in Tirol, Salzburg und in der Steiermark Feuer entzünden.

Wer mitmachen will, bitte bei Siegfried Eder, 6522 Prutz a. Inn, Kaunergratweg 14 melden. Tel: 05472-6008 oder 0664-73472660; E-Mail: ederbus@aon.at



Auf Märkten in Deutschland sind auch recht individuelle Geldwert-Angaben zu finden - zugegeben in bescheideneren Dimensionen. Macht kann ein Kleingewerbetreibender, der mit ein paar „Kröten“ für seine Arbeit zufrieden zu stellen ist, ganz sicher keine ausüben.

Wenn wir die Macht der Rede-Eliten beschneiden wollen, müssen wir das Volk stärken, insofern, dass es sich nicht mehr in zementierte Gesinnungslager spalten lässt!

Siegfried Eder, Prutz am Inn

Das Volk ist die wahre Opposition

„Volksabstimmungen sind gefährlich“ sagte heuer ein Regierungsmitglied in Wien! Man sieht, Regierungsmitglieder vertreten lieber die Regierung als das Volk.

Und die wirklichen Volksvertreterinnen in den Parlamenten, in den Gemeinden, den Ländern, im Bund? Die tun, was ihnen von den Regierungen angeschafft wird. Das ist der verkehrte Weg.

Wem das bisherige System der repräsentativen (indirekten) „Demokratie“ reicht, dem wollen wir nicht lästig fallen, der soll sich zurücklehnen.

Wem aber das Lager-Denken zu simpel und das Kreuzmachen zu wenig ist, wer über Abstimmungen und Volksinitiativen mitregieren will - mittels direkter Demokratie - den bitten wir um Mithilfe beim Sammeln der UE für direkte Demokratie, der sollte UE-Formulare anfordern, vervielfältigen, und dann Verwandte + Freunde + Bekannte auf die Aktion aufmerksam machen!

Übrigens:

Befragungen sind unverbindlich – **das ist keine direkte Demokratie!**

Siegfried Eder, Prutz am Inn

Zur Information:

Die Sammlung der Unterstützungserklärungen für die direkte Demokratie läuft noch 7 Monate, bis Ende 2010.



Siegfried Eder verbreitet die Vorzüge der Direkten Demokratie übers ganze Land, bis nach Bad Sauerbrunn im Burgenland.

Österreich würde es ohne EU besser gehen!



Helmut Schramm
Wien

„Die Europäische Union ist eine *alternativlose, wirtschaftliche Vereinigung europäischer Staaten - Österreich würde ohne Sie untergehen und zum Entwicklungsland*

werden.“ So lautet eine von wenigen EU-Profiteuren und deren Handlangern vorgegebene Meinung. Ihr Ziel ist es, den Menschen Angst vor dem notwendigen Austritt aus der EU zu machen. Über Alternativen wird gänzlich geschwiegen.

Es bedarf schon lange einer Klarstellung: Bald nach dem 2. Weltkrieg richteten sich Bestrebungen auf die Bildung eines europäischen Bundesstaates. Jean Monnet, ein Wall-Street-Bankier und „Weltbürger“ gründete mit einflussreichen Freunden der amerikanischen Elite das „**Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa**“. Zudem schlug er eine gemeinsame Währung vor. Es wird klar, dass ein europäischer Einheitsstaat, wie er mit dem Vertrag von Lissabon geschaffen wurde, schon immer das Ziel höchster Kreise der USA war.

Wer will diesen verfassungswidrigen Großstaat EU wirklich, der bis in den Nahen Osten und nach Nordafrika reichen soll? Sicher nicht Österreichs 400.000 Arbeitslose (inoffiziell ca. 500 bis 600.000)! Die restlichen „glücklichen“ Arbeitsplatzbesitzer müssen für die EU oder für die unverschuldete Krise sparen. Es ist kein Wunder, dass sich immer größere Teile der Bevölkerung in die Zeiten des Schillings und der Neutralität vor dem EU-Beitritt zurücksehen.

Die „Offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“, welche Wohlstand für alle verspricht - die Religion der EU schlechthin -, ist für einen Sozialstaat abzulehnen. Österreich steht im Wettbewerb in übermächtiger Konkurrenz mit Billiglohnländern wie China, wo die Arbeit „nichts“ kostet und Arbeitnehmerschutz ein Fremdwort ist.

Aufgrund von EU-Gesetzen darf Österreich aber diese Importwaren nicht aus den Regalen verbannen und ausländische Firmen dürfen nach deren Arbeitsrecht mit „Lohnsklaven“ überall in der EU tätig werden. Dazu kommt die Konkurrenz der Arbeitssuchenden aus der ganzen Welt.

Aus diesen und vielen anderen Gründen muss Österreich aus der EU austreten und kann das auch beruhigt machen.

Österreich wäre dann weiterhin Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO), kann somit Verträge mit der ganzen Welt schließen und wäre zu keinerlei zusätzlichen Zahlungen verpflichtet.

Die schrankenlose Freiheit multinationaler Konzern-Unternehmer und des Kapitals durch die „EU-Grundfreiheiten“ kann gegebenenfalls zum Schutze der heimischen Wirtschaft und zur Stärkung des Gemeinwohls wieder begrenzt und der Schilling statt dem „Teuro“ eingeführt werden.

EFTA, eine glaubwürdige Alternative zur EU

Ein guter Weg, eine bewährte, glaubwürdige und erfolgreiche Alternative zur EU ist nach wie vor die Europäische Freihandelszone EFTA, der auch die neutrale Schweiz angehört. Dieses Bündnis **respektiert die nationale Souveränität**, fördert den Freihandel mit der ganzen

„Weltweiter Freihandel als Ordnungsprinzip, und der Glaube an ein unbegrenztes Wachstum auf einer begrenzten Welt („Zinseszinsprinzip“) sind grundlegende Irrtümer.“

Technisch Machbares

darf nur getan werden, wenn es

- **ökologisch unbedenklich**
- **wirtschaftlich nachhaltig**
- **sozial-ethisch verantwortbar ist.**

Univ.-Prof. Dr. Alfred Haiger

Welt und arbeitet im Gegensatz zur EU ohne großen bürokratischen Aufwand. **Die EFTA ist krisensicher** und wurde noch von keinen Skandalen heimgesucht. Sie strebte nie einen politischen Staatenbund an und deren Mitglieder anerkennen das **Prinzip der Selbstversorgung** als nationale Aufgabe.

Durch die Förderung der Forschung und Entwicklung von erneuerbaren Energieformen und der gesetzlichen Absicherung gegen die Einführung der Gentechnik im Lebensmittel, Saatgut- und Futtermittelbereich, könnte der Feinkostladen Österreich ausgebaut und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die heimischen Kleinbauern, das Kleingewerbe und die kleinen und mittleren Unternehmen würden durch gezielte Förderung eine Renaissance erleben und zum allgemeinen Wohlstand und dem Ziel der Vollbeschäftigung in Österreich dienen. Dadurch wären die Pensionen gesichert und die Schere zwischen Arm und Reich verringert. (Helmuth Schramm, Wien)



Schild an der Eingangstür eines Einzelhandels-Geschäftes in Innsbruck.

So nicht, liebe Geschäftsleute!

Wir wollen hoffen, dass die Rechnung, „Englisch soll den Umsatzsteigern“ nicht aufgeht.

Durch unsere grenzenlose Unterwürfigkeit gegenüber amerikanischen und englischen Wortneubildungen ist nicht nur die kulturelle Vielfalt sondern auch die Wirtschaft Österreichs und Europas in Gefahr.

Weil die Regierungen Europas bis auf wenige Ausnahmen nichts dagegen tun, liegt es an Initiativen/engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Vereinen, Anstöße zu geben. (se)

Irischer Widerstands-Initiative wird das Überleben schwer gemacht



Anfang Mai erhielten wir ein bedrückendes Schreiben der irischen Initiative **People's Movement** mit einem Scheck, in dem für unsere wertvolle finanzielle Hilfe vor der Lissabonvertrags-Abstimmung gedankt und gleichzeitig mitgeteilt wurde, dass sie jetzt gezwungen ist, alle Spenden aus dem Ausland zurückzuzahlen, sonst drohen ihrer Organisation Strafen durch den Gesetzgeber.

Ich zitiere Frank Keoghan (Secretary) aus seinem Schreiben: *“We have been forced to return donations from non-Irish residents by a government Commission which is enforcing legislation enacted in*

our parliament specifically aimed at organisations like our own. There are legal penalties if we do not return the money and so we are complying. It is merely another method of stifling dissent in the EU and is designed to establish a numbing and approving consensus. Of course, it does nothing to enhance democracy!”

Übersetzt: Wir sind von einer Regierungs-Kommission gezwungen worden, Spenden von nicht-irischen Bewohnern zurückzuzahlen. Diese Kommission ist damit beschäftigt, Gesetze im Parlament durchzubringen, die speziell auf Organisationen wie die unsere hinzielt. Es sind

gesetzliche Strafen zu erwarten, wenn wir das Geld nicht zurückzahlen und so müssen wir uns fügen. Es ist nur eine andere Methode, von der „politisch korrekten“ Linie abweichende Bürger in der EU zu vernichten und ist dazu erfunden worden, einen hohen Anteil an Zustimmung zu erreichen. Selbstverständlich, die Demokratie bringt es überhaupt nicht weiter.“ Es folgt dann die Bitte, Ihnen auf andere legale Weise finanziell zu helfen.

Dieser Bitte wollen wir – hoffentlich auch im Sinne aller unserer Spender – entsprechen.

(Rudolf Pomaroli)

Lesermeinungen

Zahlen bitte! – Das musste so kommen



Die Mehrheit des Volkes wollte, dass Österreich Mitglied der Europäischen Union wird. Die Mehrheit hat es geduldet (ohne Volksabstimmung) den Schilling abzugeben und den Euro anzunehmen. Die Mehrheit hat es akzeptiert, dass die EU-Verfassung (ohne Volksabstimmung) ratifiziert wurde. Die Mehrheit hat es akzeptiert, dass der EU-Reformvertrag (ohne Volksabstimmung) ratifiziert wurde. Die Mehrheit wird nun noch vielmehr dulden (müssen) und Volksabstimmungen sind von der politischen Klasse nicht erwünscht. Viele gehen nicht mehr wählen, sei es wegen dem Wetter, aus Bequemlichkeit, oder anderen fadenscheinigen Gründen. Jetzt heißt es: **„Zahlen bitte!“** und das finde ich in Ordnung, denn wir hatten die Wahl.

Helmut R. Bitschnau,
Vandans i. Montafon



Rüstungskäufer Griechenland

Es ist kaum bekannt, dass das kleine Griechenland in den vergangenen fünf Jahren zu den **fünf größten Rüstungskäufern** der Welt zählte. Auch der weltweite Waffenhandel stieg in diesem Zeitraum um 22 Prozent und in Süd-Amerika, wo ebenfalls viele Staaten in finanziellen Schwierigkeiten stecken, hat er sich sogar um 150 Prozent erhöht!

Übrigens, vor dem Hauptgebäude der UNO in New York sind auf dem Sockel einer Statue die Worte aus der Bibel zu lesen: „Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen schmieden und den Krieg nicht mehr lernen.“ Um wie viel besser könnte es doch der Menschheit gehen, würden diese Worte beachtet.

Ing. Harald Schober, Weiz



Warum wurde der Staatsvertrag gefeiert?

Zum 55jährigen Jubiläum lässt mir eine Frage keine Ruhe: Warum wurde der „Staatsvertrag“ gefeiert? Österreich war doch schuldhaft am Angriffskrieg Nazi-Deutschlands beteiligt, war also ein Feindstaat der Siegermächte. **Warum wurde dann ein „Staatsvertrag“ und kein „Friedensvertrag“ geschlossen?**

Hat vielleicht im Jahre 1955 noch niemand an eine Mitschuld Österreichs gedacht? Es sieht so aus. Und warum müssen wir uns dann heute schuldig fühlen? Sogar die Spätgeborenen?

Dr. Alfons Adam, Stössing

Uns ging es mit dem Schilling besser

Wer in der EU bleibt, muss seine Budgetpolitik in Hinkunft von Brüssel bestimmen lassen. Frankreich, Deutschland und andere EU-Länder wehren sich natürlich gegen eine solche Un-



verschämtheit. Unsere Jammerlappen ohne Rückgrat werden wieder zu allen Daumenschrauben Ja und Amen sagen. Barroso behauptet, diese Schikanen seien unbedingt notwendig. „Sonst können wir den Euro vergessen“, sagt er. Meine Bitte: „So vergesst diesen Sargnagel doch endlich.“ Wir Österreicher weinen ihm bestimmt nicht nach. **Uns ging es mit dem Schilling besser.** Nehmt nur weitere Opfer, wie z. B. Estland, in eure illustre Mitte auf, aber lasst unser Budget in Ruhe. Wir haben schon genug für diesen nimmersatten Moloch geblutet!

Maria Klingler, Kirchdorf i. Tirol



Hofburg – Wien
Präsidentenkanzlei

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

Sie haben gegen den Rat mancher Experten und ohne die österreichische Bevölkerung zu befragen (wie es 70% gewünscht hätten), den Lissabonvertrag unterschrieben. Wir meinen, dass Sie damit auch für die Einhaltung der dort festgelegten Bedingungen mitverantwortlich sind.

Offener Brief an BP Dr. Heinz Fischer

Wir ersuchen Sie, Ihre Aufmerksamkeit dem Artikel 125 (1) des Lissabonvertrages zu widmen, in dem Folgendes, wir zitieren auszugsweise, normiert ist: „..... Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedsstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; das gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens.“

Wir ersuchen Sie, die österreichische Regierung darauf hinzuweisen, dass sie

mit ihrer Darlehensgewährung und Garantieerklärung für Griechenland gegen diese Bestimmung verstößt. Wir halten einen solchen Verweis auch deshalb für wichtig, weil zu befürchten ist, dass andere Bestimmungen des Vertrages, die wesentlich schwammiger gefasst sind, wie zum Beispiel die Bestimmung über die Beachtung der sich aus der österreichischen Neutralität ergebenden Sonderstellung bei kriegerischen Ereignissen, bei gegeben Anlassfällen ebenso leicht außer Acht gelassen werden.

Da Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, sich des öfteren zu unserer Neutralität bekannt haben, nehmen wir an, dass Sie diese Sorge mit uns und der Mehrheit der Österreicher teilen.

Wussten Sie.....?

USA signalisierte Rückzieher, als die Türkei Zähne zeigte

Kaum war im US-Repräsentantenhaus eine Resolution beschlossen worden, in der die türkischen Massaker an den Armeniern im ersten Weltkrieg als Völkermord bezeichnet wurden, berief die Türkei ihren Botschafter im März d.J. aus Washington ab.

Um die USA noch stärker unter Druck zu setzen, plante man die gegenseitigen Kontakte auf ein Mindestmaß zurückzufahren und angeblich auch Waffengeschäfte zu überdenken. Dazu muß man wissen, dass die Türkei für die USA eine äußerst wichtige strategische Rolle spielt. Dieses Land ist der östlichste US-Militär-Vorposten, Nato-Mitglied und ein besonders fleißiger Waffeneinkäufer.

US-Außenministerin Hillary Clinton signalisierte daraufhin eiligst Entgegenkommen. „Die US-Regierung werde sich dafür einsetzen, dass die Resolution nicht im Plenum des Repräsentantenhauses zur Abstimmung gestellt werde“, kündigte Clinton an. (Quelle: ORF, 6.3.2010)

In der Verhandlungsführung können nur wenige Länder mit der Türkei mithalten. Das hat sich an diesem Anwendungsbeispiel deutlich gezeigt und es lässt sich aber auch abschätzen, was den EU-Verhandlern noch bevorsteht.

Auch so wird Politik gemacht

Am 21. September 2005 drohte die Rating-Agentur S&P (Standard & Poors) der Bundesrepublik offiziell, ihr möglicherweise das AAA-Rating (die beste Bonitätsstufe) zu entziehen. „...Exakt eine Woche später - am 28.09.2005 - stand im Bundestag die umstrittene Entscheidung über eine Verlängerung und Ausweitung des Afghanistanmandats der Bundeswehr zur Entscheidung an. Besondere Bedeutung erhielt diese Abstimmung durch die Tatsache, dass hier die Grundlage für den Tornadoeinsatz der Bundeswehr in ganz Afghanistan - eines der Hauptanliegen der Amerikaner - geschaffen wurde.

(Quelle: Crashkurs, Dirk Müller)

Milliarden an Barroso's Freund Spiros Latsis

Österreichs Finanzhilfe von mind. 2,3 Milliarden Euro erhalten nicht Griechenlands Bürger sondern griechische und weitere ausländische Banken, wie jene vom Hauptaktionär Spiros Latsis. Er besitzt u. a. 40 % der Aktien der griechischen EFG-Bankengruppe und 49 % der Züricher Bankengruppe Eurobank EFG. Latsis ist seit seiner Studentenzeit mit dem EU-Kommissionspräsident Barroso befreundet. Dieser genießt seinen Urlaub angeblich wieder gerne auf der Yacht des Milliardärs S. Latsis. (Quelle: Wikipedia, „Die Welt“, NZZ)

In der EU-Kommission gibt es anscheinend die ethische Barriere der Befangenheit nicht. In der Frage nach der Berechtigung einer Finanzhilfe fordert die NFÖ eine strikte Trennung zwischen Solidaritäts-Leistungen an unschuldig verarmte Bürger Europas und Zahlungen an ausländische Banken. Das österreichische Volk darf keinesfalls zur Kasse gebeten werden, wenn Banken die Nutznießer solcher „Hilfeleistungen“ sind.

Notfallplan für Zuspitzung der Finanzkrise

In Österreich gibt es einen geheimen Notfallplan, sollte sich die Finanzkrise zuspitzen. Dies wurde erstmals am Dienstag am Rande des Ministerrats bekannt. Im Innenministerium liegen entsprechende Aufmarschpläne der Exekutive vor. Demnach müssen die Kreditinstitute vorübergehend die Schalter schließen und die Bankomaten sperren. Das Innenministerium bestätigte der „Presse“

Es gibt nur zwei Supermächte, erstens die Vereinigten Staaten und zweitens die Rating-Agentur Moody's, und glauben Sie mir, es ist keinesfalls sicher, wer die Mächtigere von beiden ist“

Thomas Friedmann,
New York Times Kolumnist

die Existenz solcher Direktiven, äußerte sich aber nicht zu den Details. Schließlich sind veröffentlichte Pläne wohl nur noch halb so wirksam. Dem Vernehmen nach geht es dabei in erster Linie um den Schutz der Infrastruktur. Vom Prinzip her will man argentinische und griechische Zustände wie ein Erstürmen von Banken oder eine Massenpanik vermeiden.

(Quelle: Die Presse, 12.5.2010)

Schweinegrippe – WHO und Pharmaindustrie doch unter einer Decke?

Jetzt werden sie unter die Lupe genommen, die Verstrickungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit der Pharmaindustrie, welche enorme Gewinne einstreifte.

Die Argumentation, hinterher sei man immer schlauer, gilt dieses mal leider nicht, denn ein Land hat keine Schweinegrippe-Impfstoffe gekauft. Niemand wurde deshalb geimpft und die Bevölkerung ist



nicht mehr als üblich zu Grippeopfern geworden: Polen. Wie das?

In Polen ist die Gesundheitsministerin eine Ärztin, hatte sich bei Fachleuten informiert und war nicht den Empfehlungen der WHO gefolgt. So einfach geht das.

Das Schweizer Fernsehen brachte kürzlich einen sehr informativen Bericht:

<http://videoportal.sf.tv/video?id=69300495-2647-478c-827c-6edd9cf1c77d>

(Quelle: Initiative Information-Natur-Gesellschaft)

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

FPÖ, SPÖ und Grüne fordern mehr direkte Demokratie in Vorarlberg

Am 23.4.2010 hat die FPÖ -Vorarlberg einen Antrag im Vorarlberger Landtag eingebracht - Hürden abbauen!

Wie lautete der FPÖ-Antrag, den alle drei Oppositionsparteien unterstützen (sinngemäß): Der Zugang zu Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen soll deutlich erleichtert werden und dadurch die direkte Demokratie in den Gemeinden und im Land gestärkt werden.

Alle drei Parteien fordern z.B. , dass die Zahl der erforderlichen Unterstützungserklärungen von bisher 20 Prozent der Stimmberechtigten auf 10 Prozent reduziert wird.

Es ist kaum zu glauben, dass (Konkurrenz-) Parteien sich auch einig sein können und mit denselben vernünftigen Argumenten an die Öffent-

lichkeit gehen. Vorarlberg zeigt vor wie es geht. Die direkte Demokratie hat damit einen beachtlichen Schub erhalten. Bravo FPÖ, SPÖ und Grüne in Vorarlberg!

Beitrag der Krisenverursacher

Die internationale Zivilgesellschaft startete im März eine weltweite Unterschriftenaktion für die Einführung einer **Finanztransaktionssteuer**. In Österreich beteiligen sich zahlreiche Körperschaften und NGOs (ÖGB, AK, Attac, Ökosoziales Forum etc.) an dieser Petition, die im Juni auf dem G20-Gipfel in Toronto den Regierungschefs übergeben werden soll. Die Finanztransaktionssteuer würde nicht nur Einnahmen zur Sanierung defizitärer Staatshaushalte durch die Krisenverursacher bringen, sondern auch mehr Stabilität des Finanzsystems. Spekulation und Überliquidität würden außerdem zurückgedrängt werden, argumentieren die Ver-

antwortlichen dieser globalen Initiative.
(Quelle: Der Standard, 24.3.2010)

Damit können „Lecks an den PIIGS-Schiffen abgedichtet“ werden. Die FTA-Steuer ist eine sehr wirksame Maßnahme!

Haft für korrupten, ungarischen Politiker

Das Stadtgericht von Kecskemet, südlich von Budapest, hat am 31.3. d.J. den sozialistischen Jungpolitiker Janos Zuschlag wegen Korruption zu achteinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Zuschlag (32) und weitere 15 Mitangeklagte sollen fiktive Vereine gegründet und für diese öffentliche Fördergelder in Höhe von 75 Millionen Forint (282.000 Euro) erhalten haben. Das Geld verwendeten sie zum Großteil für die Wahlkampffinanzierung der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) und für die Finanzierung von MSZP-Jugendorganisationen.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Einige Kommentatoren bezeichneten es als bahnbrechend in Hinblick auf die Bekämpfung der politischen Korruption, andere verwiesen wiederum darauf, dass die von Zuschlag praktizierten Geldbeschaf-

fungsmethoden bei allen Parteien gang und gäbe seien, aber nur in diesem ei-

nen Falle juristisch aufgearbeitet wurden. (Quelle: orf, 24.3.2010)

Positiv und nachahmenswert! Ein erster Schritt in Richtung Sümpfe trocken legen, ist – zumindest in Ungarn – getan. Vielleicht macht diese Art der radikalen Bekämpfung von Politiker-Korruption irgendwann auch in Österreich Schule.



Was könnte sich unser Schöpfer wohl dabei gedacht haben, als er dieses kleine *herzige* Schaf in die Welt setzte?

Ich denke, er wollte uns Menschen erfreuen und uns gleichzeitig auch behutsam hinweisen, dass wir zu seinen Geschöpfen liebevoll sein sollten.

**Ohne Ehrfurcht
vor dem Leben
hat die Menschheit
keine Zukunft.**

Albert Schweitzer (1875 – 1965) Arzt,
Theologe, Friedensnobelpreisträger

Einladung

für Mitglieder, Freunde und Gäste zur

NFÖ - Bundesversammlung

Ort: **5602 Wagrain – Salzburgerland**
Gasthof Kalkofen, Kirchboden 77, Tel: 06413-8206

Zeit: **Samstag, 24. bis Sonntag, 25. Juli 2010**
Beginn: 10.00 Uhr - Ende: 17.00 Uhr

Gastreferat am Sonntag, 10.30 Uhr

zum Thema

**Regelgebundene, freie Wirtschaft ohne
private Willkür und ohne staatlichen Dirigismus!**

Referent: **Dr. Karl Kocnik**
Astronom und Physiker - Graz

Teilnahme an der Veranstaltung auch tagweise möglich.
Günstige Pensionspreise im Gasthof Kalkofen (HP 40 € / p. P.)
Abholung vom Bhf. St. Johann i. P. möglich.

Genauere Informationen und Reservierungen bei Gerald Grüner, Wien;
Tel: 0676-4065409, E: gerald.gruener@gruenerchemie.at

Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, daß finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären.

Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.

Gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten geraten wir immer wieder in finanzielle Nöte, wir erhalten ja keinen „Groschen“ (Cent) aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.

So dürfen wir auch diesem Nachrichtenblatt wieder einen Erlagschein beilegen und Sie um Ihre finanzielle Hilfe bitten. Vielen Dank im Voraus!

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich. Fotos: privat
Impressum: Verantwortlich für Inhalt und Gestaltung: Bündnis Neutrales Freies Österreich - NFÖ, A-6010 Innsbruck, Postf. 110, buendnis@nfoe.at
Bankverb.: Volksbank, BLZ 42390, Kto.Nr.: 29637; Druck: Sterndruck, Fügen - DVR3000098